Fhp-Jo

N I E D E R S C H R I F T

Gremium	Sozial-, Jugend- und Sportausschuss
Sitzungsnummer	SJS/011/2017
Datum	Montag, den 11.09.2017
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	19:00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Hans Litzinger	Ausschussvorsitzender	SPD
Dr. Ulrike Göttlicher-Göbel	Stadtverordnete	SPD; i.V.f. Stve. Lich-Brand
Andrea Volk	Stadtverordnete	SPD
Karl-Heinz Kinkler	Stadtverordneter	SPD; i.V.f. Stv. Yüksel
Dorothea Marx	Stadtverordnete	CDU
Christoph Schäfer	Stadtverordneter	CDU
Frank Steinraths	Stadtverordneter	CDU
Christa Lefèvre	Fraktionsvorsitzende	FW; i.V.f. Stv. Dr. Viertelhausen
Thomas Schermuly	Stadtverordneter	FDP
Thassilo Hantusch	Stadtverordneter	NPD

vom Magistrat

Manfred Wagner	Oberbürgermeister

von der Verwaltung

Beate Gründler-Schütze	Sozialamt
Susanne Wind	Sozialamt

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Peter Feth, als Schriftführer

außerdem war anwesend

Stv. Breidsprecher, CDU-Fraktion

entschuldigt fehlte

Stve. Luitjens-Taylor, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

AV L i t z i n g e r eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 10 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Die Ausschussmitglieder bestätigten einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 29.05.2017

2 Seniorenbeauftragte/Seniorenbüro
Tätigkeitsbericht 2016
Vorlage: 0627/17 - I/202
Mitteilungsvorlage

3 Jahresbericht 2016 zur WetzlarCard
Vorlage: 0650/17 - I/219
Mitteilungsvorlage

4 Jahresbericht 2016 des Wohnhilfebüros
Vorlage: 0681/17 - I/220
Mitteilungsvorlage

5 Halbjahresbericht 2017 zur WetzlarCard
Vorlage: 0691/17 - I/222
Mitteilungsvorlage

6 Bund-Länder-Programme "Soziale Stadt"
- Sachstandsbericht -

7 Verschiedenes

Zu 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 29.05.2017

Mitteilungen

Grundschulsozialarbeit

OB W a g n e r berichtete, dass nunmehr mit der „Schule an der Brühlsbacher Warte“ (Förderschule) die vierte Grundschule in die Schulsozialarbeit integriert sei. An drei weiteren Schulen gebe es eine Vereinbarung zur Durchführung von „Familienklassenarbeit“.

Schließung des Freibades

Das Freibad werde am Freitag, dem 15.09.2017 geschlossen. OB W a g n e r berichtete von ca. 27.000 Besuchern in dieser Badesaison, genauere Zahlen lägen ihm noch nicht vor. Das sei das schlechteste Ergebnis seit langer Zeit, was insbesondere auf das Wetter zurückzuführen sei.

Anfragen

Anzahl der Zweitwohnsitze in Wetzlar

Stv. S c h ä f e r erkundigte sich, wie viele Menschen in Wetzlar mit Zweitwohnsitz gemeldet seien. OB W a g n e r sagte zu, dass diese Frage zum Protokoll beantwortet werde.

Antwort des Ordnungsamtes/Stadtbüro vom 18.09.2017:

„Zum 30.06.2017 sind 1.507 Menschen mit Nebenwohnung in Wetzlar gemeldet. In dieser Zahl sind diejenigen enthalten, die auch mit Hauptwohnsitz in Wetzlar gemeldet sind. Eine getrennte Auswertung liegt hingegen nicht vor.“

Niederschrift vom 29.05.2017

Die o. g. Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

Zu 2 Seniorenbeauftragte/Seniorenbüro
Tätigkeitsbericht 2016
Vorlage: 0627/17 - I/202
Mitteilungsvorlage

OB W a g n e r erläuterte die Vorlage.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Zu 3 Jahresbericht 2016 zur WetzlarCard
Vorlage: 0650/17 - I/219
Mitteilungsvorlage

(gemeinsame Beratung mit TOP 5)

OB W a g n e r erläuterte die Vorlagen.

Zu den bereitgestellten Mitteln für die WetzlarCard (Seite 11) erkundigte sich Stv. B r e i d s p r e c h e r, wie sich diese Beträge zusammensetzten. OB W a g n e r erläuterte, dass einerseits nicht in Anspruch genommene Mittel aus dem Vorjahr übertragen und weitere Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen zusätzlich hierfür eingesetzt worden seien.

Stv. B r e i d s p r e c h e r merkte an, dass aus seiner Sicht die Mittel für die WetzlarCard nur für die Freifahrten im Stadtgebiet, anstatt für andere sinnvolle Dinge verwendet würden, etwa zur Integration in den Arbeitsmarkt. Stve. V o l k entgegnete, dass die WetzlarCard auch im Kinder- und Jugendbereich für Seminare und Freizeiten eingesetzt würde. Außerdem würden die zur Verfügung gestellten Fahrkarten nur zu etwa 80 % auch tatsächlich genutzt.

FrkV L e f è v r e gab zu bedenken, dass monatlich nur zwei Gutscheine ausgegeben würden. Darüber hinaus würden auch die Angebote der Volkshochschule und der Museen genutzt. Für Stv. S c h ä f e r seien 128.000 € an die Wetzlarer Verkehrsbetriebe viel Geld. Nach seiner Ansicht sei der Sinn der WetzlarCard ein anderer gewesen, auch und vor allem für kulturelle Veranstaltungen.

Aus Sicht von OB W a g n e r gehöre zur Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben auch Mobilität. Das KulturTicket (früher Kulturloge) habe gerade sein fünfjähriges Bestehen gefeiert, das ebenfalls zum Angebot gehöre. Stv. S c h e r m u l y erkundigte sich, was die Stadt Wetzlar unternehmen könne, um bestehende Hemmschwellen - etwa beim Besuch von Museen - abzubauen. FrkV L e f è v r e vertrat die Ansicht, dass Kindergärten und Schulen solche Hemmschwellen abbauen müssten.

OB W a g n e r wies darauf hin, dass nach den Richtlinien nur Projekte der Musikschule ermäßigt in Anspruch genommen werden könnten. Für andere Angebote habe die Musikschule für finanziell benachteiligte Bevölkerungsgruppen andere Ermäßigungsregelungen.

Für Stv. B r e i d s p r e c h e r sei es eine Bringschuld der Verwaltung und des Magistrats, über die Entwicklungen der WetzlarCard regelmäßig zu berichten, jedoch sei es ihm unverständlich, warum die Beratungen über die WetzlarCard im Sozial-, Jugend- und Sportausschuss endeten. Er würde auch gern in der Stadtverordnetenversammlung hierüber diskutieren. Ansonsten würde sich dies auf die Haushaltsberatungen reduzieren. AV L i t z i n g e r erklärte hierzu, dass dies so von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden sei.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Zu 4 Jahresbericht 2016 des Wohnhilfebüros
Vorlage: 0681/17 - I/220
Mitteilungsvorlage

OB Wagner erläuterte die Vorlage. Insbesondere sei es auch in Wetzlar schwieriger geworden, durch die handelnden Akteure - also auch die öffentlichen Vermieter - für alle Bevölkerungsschichten angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Er betonte, dass Mietrückstände und Verschuldung häufig gemeinsam aufträten. Stv. Breidsprecher erkundigte sich, wie mit wiederholtem Mietrückstand (Seite 5) umgegangen werde. Frau Gründler-Schütze erklärte hierzu, dass es oberstes Ziel sei, die Obdachlosigkeit zu vermeiden. Die Gründe für wiederholte Mietrückstände seien vielfältig. Stv. Schäfer war der Meinung, wenn Mietrückstände verschuldet wiederholt entstünden, dürften sie nicht auch wiederholt übernommen werden. AV Litzinger verwies auf Seite 6 des Berichtes, wonach eine Mietschuldenübernahme regelmäßig nur darlehensweise in Betracht komme.

Stv. Breidsprecher erkundigte sich nach einer Formulierung auf Seite 17, was mit „Unannehmlichkeiten“ für die Vermieter gemeint sei. Frau Gründler-Schütze erklärte, dass dies etwa mangelnde Sprachkenntnisse sein könnten. Darüber hinaus fiele es manchen Mietern schwer, sich an die Hausordnung zu halten, etwa die Mülltrennung oder die regelmäßigen Reinigungsdienste in den Gemeinschaftsbereichen des Wohnhauses.

Stv. Steinraths vertrat die Ansicht, dass gerade für Familien im ländlichen Raum eher Wohnungsangebote zur Verfügung stünden und diese regelmäßig auch kostengünstiger seien. Seine Frage sei, warum diese nicht mehr in Anspruch genommen würden. Frau Gründler-Schütze erläuterte, dass auf dem Land die Mobilität eingeschränkt sei, die Menschen längere Fahrtzeiten mit dem Bus in Kauf nahmen müssten. Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche gebe es eher in der Stadt.

Auf Nachfrage von Stv. Breidsprecher erklärte Frau Gründler-Schütze, dass es Obdachlose gebe, die untergebracht würden, weil sie nicht (mehr) in der Lage seien, in einer Wohnung zu leben. Dies bestätigte Stve. Dr. Göttlicher-Göbel, es gebe Menschen, die „nicht in vier Wänden leben“ könnten.

Die Unterbringungskosten würden durch das kommunale Jobcenter Lahn-Dill gezahlt, beantwortete Frau Gründler-Schütze die weitere Frage von Stv. Breidsprecher. Asylbewerber gehörten nicht zu dem unterzubringenden Personenkreis. Stve. Volk wollte wissen, ob auch Auswärtige, die nach Wetzlar kommen möchten, vom Wohnhilfebüro beraten und vermittelt würden, was Frau Gründler-Schütze verneinte.

Stv. Schäfer erkundigte sich nach den Wartezeiten für einen Termin in der Schuldnerberatung. Ihm sei ein Fall bekannt, der erst in sechs Monaten eine Beratung erhalten habe. Eine Krisenintervention sei immer kurzfristig (ein bis zwei Wochen) möglich, berichtete Frau Gründler-Schütze.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Zu 5 Halbjahresbericht 2017 zur WetzlarCard
Vorlage: 0691/17 - I/222
Mitteilungsvorlage

(gemeinsame Beratung mit TOP 3; Protokollierung s. dort)

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Zu 6 Bund-Länder-Programme "Soziale Stadt"
- Sachstandsbericht -

Projektgebiet Niedergirmes

OB W a g n e r berichtete, dass am 24.11.2017 eine Feierstunde des Quartiers stattfinde, um auch langjährig verdiente Akteure zu ehren.

Projektgebiet Dalheim/Altenberger Straße

Der Stadtteilbeirat sei komplettiert, die gewählten Anwohner sollten in einer der nächsten Sitzungen durch die Stadtverordnetenversammlung bestätigt werden, berichtete OB W a g n e r weiter. Ferner werde ein Rahmenplan erarbeitet, der der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden solle. Dieser Rahmenplan könne dann als Handlungsleitfaden dienen.

Projektgebiet Westend

Zum Westend gebe es derzeit eine sehr sehenswerte Fotoausstellung im ersten Stock des Neuen Rathauses, berichtete OB W a g n e r weiter. Es handele sich um sehr ausdrucksstarke Bilder.

Zu 7 Verschiedenes

Führerscheinabgabe von Senioren

Stve. M a r x erinnerte an die Regelung, wonach Senioren, die freiwillig ihren Führerschein abgegeben hatten, eine gewisse Zeit kostenlos den ÖPNV nutzen konnten. Sie erkundigte sich, ob dieses Angebot noch bestehe. OB W a g n e r antwortete, dass diese freiwillige Leistung der Stadt Wetzlar entweder zum Haushalt 2016 oder 2017 weggefallen sei. Er sagte zu, die Frage zum Protokoll zu beantworten. Stv. S c h ä f e r bat um Ergänzung der Antwort, wie hoch der damalige Haushaltsansatz gewesen sei.

Antwort des Amtes für Umwelt und Naturschutz vom 12.09.2017:

„Die freiwillige Leistung wurde mit Ablauf des Jahres 2016 eingestellt. Der Haushaltsansatz in 2016 betrug 10.000 €. Die über den Deckungskreis für 2016 tatsächlich verausgabten Mittel betrugen rund 14.300 €."

Freibad Domblick

Stv. Breidsprecher erkundigte sich, wie die Besucherzahlen erhöht werden könnten. OB Wagner berichtete, dass sowohl in 2016 und 2017 zusätzliche Aktivitäten durchgeführt worden seien, jedoch sei im Freibad das Wetter entscheidend, weshalb die Besucherzahlen eher rückläufig gewesen seien. Das Beteiligungsverfahren habe gezeigt, was sich die Bevölkerung wünsche. Außerdem wies er darauf hin, dass das Innenministerium für Bäder Mittel bereitstellen wolle. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass auch Freibäder hiervon erfasst seien.

Stv. Schäfer regte an, in den Leistungskatalog der WetzlarCard „Schwimmen lernen" aufzunehmen. Außerdem erkundigte er sich, ob Wetzlar in Gießen für das Freibad werbe, so wie dies Gießen in Wetzlar tue. OB Wagner bedankte sich für den Hinweis zur WetzlarCard. Gleichzeitig entgegnete er, das Projekt „Schwimmi" gebe es seit einigen Jahren, um die Kinder an das Schwimmen heranzuführen. Er schlug vor, in der nächsten Sitzung das Thema (unter Beteiligung des Sportamtes) erneut aufzurufen. Animation für Kindergeburtstage sei eine lustige Angelegenheit, berichtete Stv. Steinraths, er habe selbst sehr gute Erfahrungen damit gemacht.

AV Litzinger schloss, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, die 11. Sitzung des Sozial-, Jugend- und Sportausschusses.

Der Ausschussvorsitzende: Der Schriftführer:

Litzinger Feth